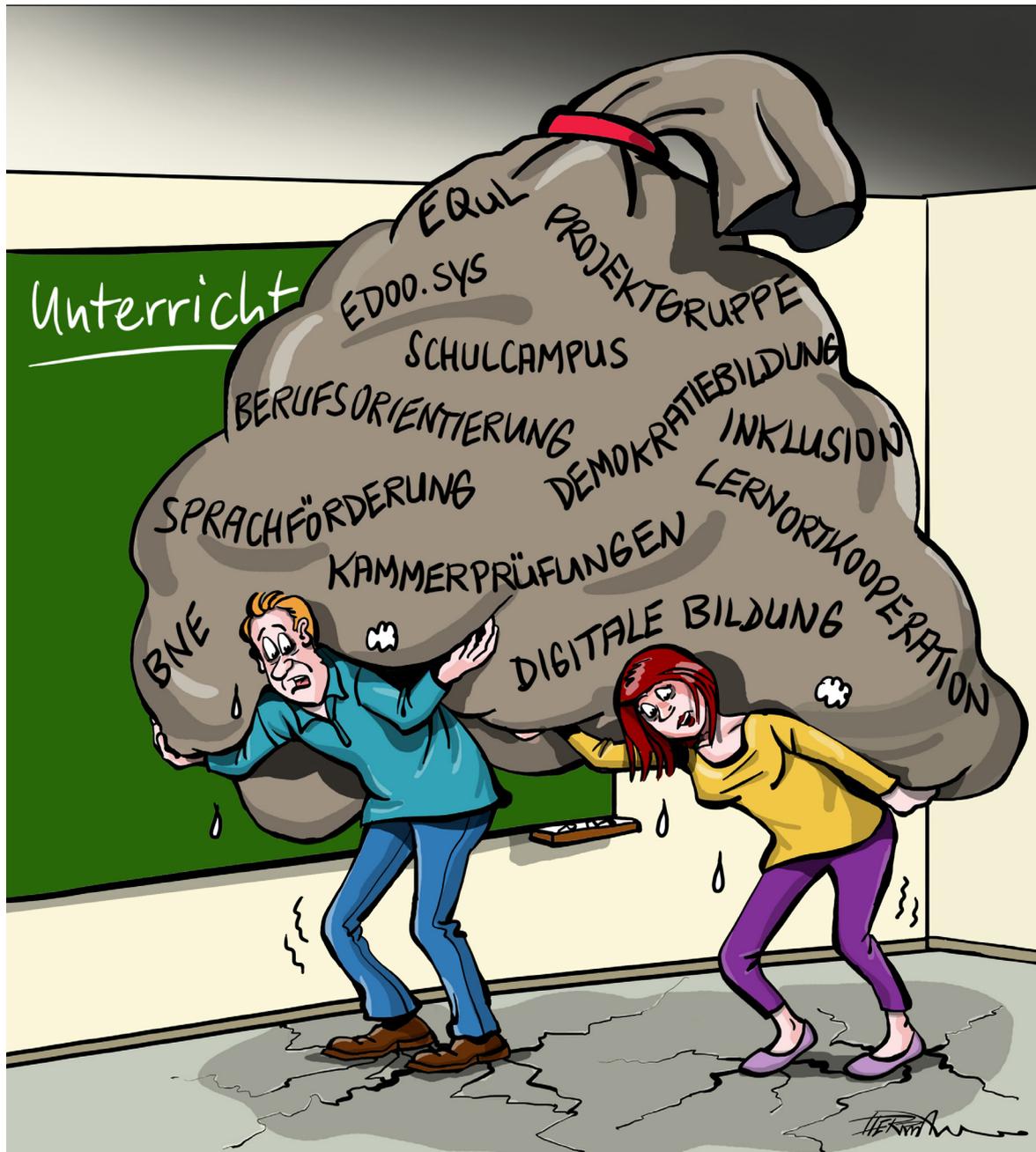


VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 2/2021

August 2021



**Nach der Landtagswahl:
Was sagt der Koalitionsvertrag zu den
Fragen und Forderungen des VLW?**

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß	3
Abgleich der VLW-Forderungen mit den Aussagen des Koalitionsvertrages	4
Resolution des VLW-Landesvorstands	6
Abschlussbericht der Enquete-Kommission zur „Zukunft der beruflichen Bildung in der digitalen Arbeitswelt“	7

Aus dem Verbandsleben

Ergebnisse der Personalratswahlen	7
Landesdelegiertenversammlung 2021	8

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

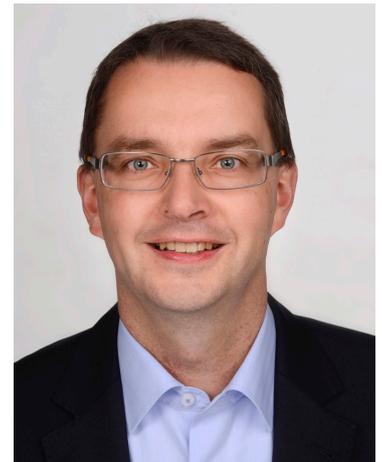
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der letzten Ausgabe des VLW kompakt haben wir Ihnen im Vorfeld der Landtagswahl unsere Wahlprüfsteine und die Antworten von drei Landtagsparteien präsentiert. Inzwischen wurde gewählt, die „Ampel-Koalition“ wurde mit leicht verschobenen Stimmanteilen in der Regierung bestätigt und hat einen Koalitionsvertrag vorgelegt. Diesen haben wir auf Aussagen zur Bildungspolitik - insbesondere zu Aussagen über die BBS - untersucht. Das Ergebnis präsentieren wir Ihnen in dieser Ausgabe. Um es gleich vorweg zu sagen: Es ist schon ernüchternd, dass sich zu gleich fünf Fragen, die wir den Parteien haben zukommen lassen, keine Aussage im Koalitionsvertrag findet. Man kann leicht den Eindruck gewinnen, als wollten die Regierenden die dahinter stehenden Probleme, auf die wir ja aufmerksam gemacht haben, nicht wahrnehmen. Es wartet also noch viel Arbeit auf unseren Verband.

Wir werden die Regierungsfraktionen natürlich nicht aus der Verantwortung entlassen. Damit der Landesvorstand diese Aufgabe gestärkt wahrnehmen kann, ist eine starke Beteiligung der Basis an der im Oktober geplanten Landesdelegiertenversammlung wünschenswert, auf der Anträge diskutiert und ein neuer Landesvorstand gewählt werden sollen. Die Versammlung hätte eigentlich bereits im vergangenen Jahr stattfinden sollen, fiel aber der „zweiten Welle“ zum Opfer. Der aktuelle Landesvorstand ist optimistisch, dass die Veranstaltung in diesem Jahr in Präsenz stattfinden kann, schließlich sollten bis dahin alle Kolleginnen und Kollegen, die dies wollen, geimpft sein. Auch dafür haben wir uns als Verband ja vehement eingesetzt.

Ob das ausreicht, um endlich mal wieder ein „normales“ Schuljahr erleben zu dürfen, bleibt abzuwarten. Wir wünschen es uns und Ihnen!

Dirk Mettler
Referent für Öffentlichkeitsarbeit



Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.
Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung: ruth.jakob@vlw-rlp.de oder über unsere Website unter dem Menüpunkt Mitgliedschaft/Änderungsmeldung

Mit Aufbruchstimmung ins neue Schuljahr

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Nach einer hoffentlich erholsamen Ruhepause während der Sommerferien liegt das neue Schuljahr vor uns. Ein Schuljahr, das hoffentlich besser, vor allem geordneter verlaufen wird als die beiden zuvor. Dabei ist jedem klar, dass die Auswirkungen der Pandemie sichtbar bleiben werden. Für die vom Hochwasser betroffenen Gebiete in der Eifel kommen noch viele weitere, einschneidende Veränderungen hinzu, bis hin zu dem vorübergehend nicht mehr nutzbaren Schulgebäude in Bad Neuenahr. Für das ganze Land gilt, dass die Heterogenität in der Schülerschaft noch stärker ausgeprägt sein wird als zuvor. Die psychosozialen Folgen der Schulschließungen und des Fernunterrichts sind bislang noch nicht absehbar. Es ist deshalb zu hoffen, dass der Unterricht im geplanten Präsenzbetrieb ohne weitere Unterbrechungen stattfinden kann. Um dies zu gewährleisten, sollten sich nach der Lehrerschaft jetzt auch möglichst viele unserer überwiegend volljährigen Schülerinnen und Schüler impfen lassen. Schüler- und Studierendenverbände fordern dies bereits auch für Minderjährige. Entsprechende Angebote sollten dringend gemacht werden.

Die Errungenschaften bei der Digitalisierung müssen dringend weiter ausgebaut

werden, jedoch nicht mit dem Ziel, den Präsenzunterricht zu reduzieren, sondern um als Medium für einen differenzierten Unterricht zu dienen, der unsere Schülerinnen und Schüler kompetenzorientiert auf die Arbeitswelt vorbereitet. Selbstverständlich benötigen die Schülerinnen und Schüler, genauso wie die Lehrkräfte, die passenden Endgeräte, die sie auch mit nach Hause nehmen können. Diese Geräte müssen mit der Software ausgestattet sein, die den Anwendungen in der Berufswelt entsprechen. Selbstgestrickte Lösungen des Landes mit nur eingeschränkten Möglichkeiten sehe ich da eher skeptisch, da sie ebenfalls teuer sind und den Wettlauf mit den am Markt verfügbaren kommerziellen Programmen niemals gewinnen können.

Dass sich vieles verändern wird, gar verändern muss, wurde auch im Bildungsministerium erkannt, wo man zum Dialog zum Thema „Lernen nach der Pandemie“ eingeladen hat. An der Online-Auftaktveranstaltung, zu der meines Erachtens viel zu kurzfristig eingeladen wurde, haben immerhin 271 Interessierte aus allen Schularten, einschließlich Eltern- und Schülervertretungen, Personalrats- und Verbändevertretern teilgenommen. Mit Blick auf die Kurz-



Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

fristigkeit konnte die organisatorische und technische Umsetzung als gelungen angesehen werden. Für die Organisation war das PL zuständig, bei der Technik wurde auf Cisco WebEx gesetzt, obwohl BigBlueButton angeblich inzwischen doch so wunderbar funktioniert. Wie auch immer, der Dialog soll laut unserer Ministerin fortgesetzt werden. Bleibt zu hoffen, dass die Arbeit der Workshops, in denen viele gute Ideen zusammengetragen wurden, auch Früchte trägt. Klar wurde jedenfalls allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, dass in Bildung künftig mehr investiert werden muss. Mit Blick auf den Fachkräftemangel gilt das für die berufliche Bildung insbesondere.

Mit großer Bestürzung haben wir die Nachricht aufgenommen, dass zwei unserer Mitglieder in Bad Neuenahr auf tragische Weise in ihren Häusern ums Leben kamen. Wir haben einen Kollegen verloren, der erst vor zwei Jahren pensioniert wurde und eine Kollegin, die mitten aus dem Leben gerissen wurde. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den betroffenen Familien.

Hans-Jürgen Stratmann

1953 - 2021

BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler



Anja Weischedel

1977 - 2021

BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler

Abgleich der VLW-Forderungen mit den Aussagen des Koalitionsvertrags von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Durch welche Maßnahmen wollen Sie den Erhalt der Berufsbildenden Schulen insbesondere in den ländlichen Gebieten sicherstellen?

Die Position des VLW: BBSn zeichnen sich durch eine einzigartige Verknüpfung von Teilzeit- und Vollzeitangeboten aus, die gegenseitig voneinander profitieren. Zur Sicherung der BBSn sollten überflüssige Konkurrenzangebote beseitigt statt ausgebaut werden. Die Quantität des Angebots sagt nichts über dessen Qualität aus! Wo nicht (mehr) ausgebildet wird, fehlen zukünftig qualifizierte Arbeitskräfte, worunter die gesamte Wirtschaftsstruktur leidet.

Koalitionsvertrag: Die berufsbildenden Schulen sind zentraler Partner in der dualen Ausbildung und bei der Fachkräftesicherung. Sie stehen wie keine andere Schulform für die Durchlässigkeit unseres Schulsystems. Für viele Jugendliche und Erwachsene sind sie eine

sehr gute Alternative, um höherwertige Abschlüsse bis zur allgemeinen Hochschulreife zu erwerben. Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist für uns von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus werden wir weiter für das Berufsschullehramt werben und verstärkt die Möglichkeiten zum Quer- und Seiteneinstieg nutzen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, die berufsbildenden Schulen demografiefest und digital aufzustellen, in der Fläche zu sichern und zu stärken. Unsere berufsbildenden Schulen sind schon jetzt am Puls der Zeit. Wir werden sie zu „digitalen berufsbildenden Lernzentren“ ausbauen, damit die duale Ausbildung überall im Land attraktiv bleibt und unsere jungen Leute fit für das Arbeitsleben sind. (Zeilen 774-785)

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Entwicklung des Unterrichts im digitalen Zeitalter zu fördern und in die richtigen Bahnen zu lenken?

Die Position des VLW: Wir fordern die Entwicklung schulübergreifender pädagogischer Konzepte zur Einbindung der Technik, die Integration entsprechender Lerninhalte in die Lehrpläne und ein massiv ausgeweitetes Fortbildungsangebot für die BBS-Lehrkräfte. Die finanziellen Mittel dafür sind im wahrsten Sinne des Wortes Investitionen in die Zukunft!

Koalitionsvertrag: Wir wollen sicherstellen, dass die technische Ausstattung unserer Schulen dauerhaft den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht und der Fokus auf der Weiterentwicklung der digitalen Bildung und Pädagogik liegt. Wir unterstützen die Schulträger dabei, den Schulen bis zum Ende des nächsten Schuljahres flä-

chendeckend WLAN zur Verfügung zu stellen und die Ausstattung mit belastungsfähiger Bandbreite, ausreichenden Serverkapazitäten, digitalen Endgeräten sowie beim Einsatz von Software und Lehr- und Lernmedien voranzutreiben. (Zeilen 599-605)

Dazu gehört auch die entsprechende Anwendungsbetreuung der technischen Infrastruktur. Wir werden die Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden umsetzen, auf deren Grundlage die Schulen ausreichend digitalen Support erhalten. (Zeilen 607-610)

Unsere Lehrkräfte erhalten digitale Endgeräte. (Zeilen 616-617)

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die spezifischen Belange der BBS zukünftig angemessen berücksichtigt werden?

Die Position des VLW: Wir haben ein breit gefächertes Schulsystem, das unterschiedliche Angebote für unterschiedliche Bedarfe bereithält. Da bringt es nichts, alle Schularten unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung über einen Kamm zu scheren. Wir brauchen bildungspolitische Ansätze, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der verschiedenen Schularten zugeschnitten sind. Ein erster Schritt wäre die Anerkennung der BBSn als Ganztagschulen – was sie de facto längst sind! – mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Koalitionsvertrag: Wir nehmen alle Schularten in den Blick. Dort, wo Bedarfe sind, richten wir weitere schulische Ganztagsangebote ein. (Zeilen 686-687)

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Versorgung der BBSn mit Lehrkräften sicherstellen?

Die Position des VLW: Der einzige Weg führt unseres Erachtens über die Attraktivität des BBS-Lehramts. Das fängt mit der Bezahlung an, und führt über die Aufstiegsmöglichkeiten bis zu den Rahmenbedingungen (siehe Arbeitszeit der Lehrkräfte). Marketingmaßnahmen allein helfen da nicht weiter!

Koalitionsvertrag: Unser Anspruch ist es, Planstellen weiterhin mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen. Damit dies gelingt, werben wir intensiv für den Lehrer:innenberuf [sic!] und halten für alle Schularten ausreichend Studien- und Ausbildungsplätze vor. (Zeilen 637-639)

Welche Maßnahmen planen Sie, um einer Überlastung der Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen entgegenzuwirken?

Die Position des VLW: Wir sehen zwei Möglichkeiten: Entweder wird die Unterrichtsverpflichtung spürbar gesenkt (unsere Forderung: Absenkung auf 21 Wochenstunden), oder die außerunterrichtlichen Aufgaben werden entschlackt, indem Schaufensterprojekte, die wenig Ertrag bei hohem Aufwand bringen, eingestellt und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

Koalitionsvertrag: Fehlanzeige!

Wie wollen Sie für einen fairen und angemessenen Ausgleich der Mehrbelastungen während der Sars-CoV-2-Pandemie sorgen?

Die Position des VLW: Analog zur Zwangsansparstunde sollten die Kolleginnen und Kollegen ein Arbeitszeitgut haben (unser Vorschlag: 8 Wochenstunden bei voller Stelle) erhalten, das sie individuell und entsprechend den Möglichkeiten der jeweiligen Einsatzschule über die nächsten Jahre verteilt abrufen können, auf Wunsch auch geblockt am Ende der Dienstzeit.

Koalitionsvertrag: Fehlanzeige!

Befürworten Sie eine Fortführung der Altersteilzeit für Lehrkräfte und wenn ja, zu welchen Bedingungen?

Die Position des VLW: Wir befürworten ganz klar eine Fortführung des Angebots zur Altersteilzeit für Lehrkräfte, und zwar zu den Bedingungen, die vor den Sparmaßnahmen der letzten Jahre galten!

Koalitionsvertrag: Fehlanzeige!

Welche Maßnahmen wollen Sie zur Sicherstellung einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung ergreifen?

Die Position des VLW: Schönrechnerei bringt nichts. An einer massiven Erhöhung der Planstellen führt kein Weg vorbei. Ziel muss eine nominell 105 %-ige Versorgung sein, um den Ausfall von Lehrkräften durch Fortbildung, Krankheit etc. durch qualifizierten Vertretungsunterricht auffangen zu können. Dazu ist es dringend erforderlich, sich verstärkt um den Nachwuchs an BBS-Lehrkräften zu bemühen (vgl. Wahlprüfstein 4).

Koalitionsvertrag: Guter Unterricht braucht gute Rahmenbedingungen, vor allem durch die Unterrichtsversorgung, die wir weiter verbessern werden. Schulen brauchen genügend Stunden zur verlässlichen Abdeckung des Pflichtunterrichts sowie für zusätzliche Differenzierungs- und Fördermaßnahmen. (Zeilen 629-632)

Wir werden die Lehrkräfteaus-, weiter-, und -fortbildung, sowie die Qualifizierung von Schulleitungen den aktuellen Anforderungen entsprechend im Schulalltag weiterentwickeln. (Zeilen 633-636)

Welche Maßnahmen planen Sie, um den Missstand der FOS an den Realschulen plus zu beheben?

Die Position des VLW: Die Fehlallokation der FOS an der RS plus muss beendet werden. Die FOS ist eine Schulform der BBS und muss auch hier angesiedelt werden. Hier gibt es auch die qualifizierten Sek. II-Lehrkräfte für einen qualitativ hochwertigen Unterricht in allen Fächern!

Koalitionsvertrag: Fehlanzeige!

Wie gedenken Sie, den Abwärtstrend in der rheinland-pfälzischen Bildung zu stoppen und sicherzustellen, dass künftige Absolventen rheinland-pfälzischer Schulen den Herausforderungen einer zunehmend komplexer werdenden Arbeitswelt gewachsen sind?

Die Position des VLW: Die Bildungsstandards in den Zubringerschulen (Gymnasien, RS plus, IGS) müssen gewährleistet werden, um die geforderte Ausbildungs- bzw. Studierfähigkeit sicherzustellen. Eine Möglichkeit dazu wären z. B. Abschlussprüfungen zur Erlangung eines Berufsreife- bzw. qualifizierten Sek. I-Abschlusses!

Koalitionsvertrag: Fehlanzeige!

Wonach wir nicht gefragt hatten:

Wir wollen Schulen mehr Selbstständigkeit ermöglichen und hierbei insbesondere die Ausweitung der Möglichkeiten zur Personalgewinnung, eigener Budgets und Schwerpunktsetzung in den Blick nehmen. Wir wollen Räume schaffen für flexiblere Unterrichts- und Lernzeiten, wo Lehrkräfte zu Lernbegleiter:innen [sic!] werden [...] (Zeilen 541-545)

Dazu gehört auch die Erprobung demokratischer Beteiligungsinstrumente wie Schulparlamente. Die Schulen werden bestärkt darin, außerschulische Lernorte und Erfahrungsfelder in die Gestaltung des Unterrichts einzubeziehen oder neue zu erschließen. (Zeilen 549-552)

Schulartübergreifend wollen wir neue Formen des gemeinsamen Lehrens und Lernens entwickeln und erproben [...] (Zeilen 556-557)

Resolution des VLW-Landesvorstands vom 26. Juni 2021

Auf seiner Klausurtagung hat der VLW-Landesvorstand die folgende Resolution beschlossen:

Gesundheitsschutz muss an erster Stelle stehen - Digitalisierung weiter stärken - Entlastung jetzt gewährleisten

Mit den anstehenden Sommerferien steht uns nach diesem turbulenten Schuljahr eine wohlverdiente Ruhepause bevor. Wir alle wünschen uns eine Zeit der Ruhe, nach Möglichkeit weit weg vom heimischen Schreibtisch. Doch bekanntlich machen Viren leider keinen Urlaub. Die hochinfektiöse Delta-Variante breitet sich weiter aus und lässt eine erneute Corona-Welle nach den Sommerferien oder spätestens im Herbst befürchten. Bleibt zu hoffen, dass die Impfbereitschaft in der Bevölkerung weiterhin auf hohem Niveau bleibt und eine kommende Welle damit flach gehalten werden kann. Wir begrüßen ausdrücklich Impfkampagnen für Studierende sowie Schülerinnen und Schüler. Auch wenn junge Menschen vermutlich eher nur einen milden Krankheitsverlauf zu befürchten haben, so sind sie doch potenzielle Überträger der Viren und können andere anstecken.

Für unsere Schulen darf es keine Zweifel daran geben, dass der Gesundheitsschutz weiterhin an erster Stelle stehen muss. Der VLW unterstützt deshalb die Testpflicht nach den Sommerferien und empfiehlt die penible Einhaltung der AHA-Regeln, um die Ausbreitung von Viren, die aus Urlaubsgebieten eingeschleppt werden, zu verhindern. Da es inzwischen gängige Meinung der Experten ist, dass Corona-Viren so wie Grippe-Viren eine ständige Bedrohung darstellen werden, fordert der VLW die adäquate bauliche Ausstattung unserer Schulen mit fest installierten Lüftungsanlagen, die, wie bei einem Passivhaus, für einen ständigen Luftaustausch im

Klassensaal sorgen. Mobile Luftreiniger, die lediglich die Luft im Klassensaal umwälzen und Aerosole herausfiltern, sind langfristig nicht geeignet, da sie den CO₂-Gehalt der Luft nicht verringern. Für die Finanzierung ist die Unterstützung durch Bundesmittel erforderlich. So wie beim Digitalpakt muss entsprechend Geld bereitgestellt werden. Da die Belüftungsanlagen viele Jahre genutzt werden können, bevor sie erneuert werden müssen, relativieren sich die Ausgaben im Vergleich zu den vielen Millionen Euro, die derzeit für Corona-Tests und Schutzmasken ausgegeben werden. Zudem bringen die Anlagen über den Corona-Schutz hinaus weitere positive Effekte für die Luftqualität im Klassensaal und sind energieeffizienter, als wenn im Winter alle 20 Minuten die Fenster geöffnet werden.

Auch wenn wir nach den Ferien hoffentlich vollumfänglich im Präsenzunterricht bleiben können, so fordern wir weiterhin den schnellen Ausbau der Infrastruktur für den Einsatz digitaler Medien an unseren Schulen. Es müssen endlich die zugesagten Endgeräte zur Verfügung gestellt und der Support durch die Schulträger bei der System- und Anwendungsbetreuung lückenlos gewährleistet werden. Des Weiteren fordern wir die generelle Beibehaltung des zweiten Studientages sowie ein den schwierigen Aufgaben entsprechendes umfangreiches Fortbildungsangebot, damit die Transformation hin zur Bildung für das digitale Leben nachhaltig gelingen kann.

Das zurückliegende Schuljahr hat gezeigt, mit wie viel Anstrengung die Umstellung hin zu einer neuen Lehr- und Lernkultur, die auf digitalen Medien basiert, verbunden ist. Der VLW fordert

dringend eine Entlastung für unsere Kolleginnen und Kollegen und unsere Schulleitungen, auch als Zeichen der Wertschätzung für die geleistete Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Es ist wenig hilfreich, wenn unsere Ministerin darauf verweist, dass es die Mitarbeiter anderer Branchen ebenfalls schwer oder gar noch schwerer haben. Wir benötigen jetzt dringend eine Unterstützung, die in vielerlei Form denkbar ist. Die Stärkung der Schulsozialarbeit und die Entlastung von administrativen Aufgaben sind Beispiele dafür. Mittelfristig halten wir die Senkung des Lehrerwochenstunden-deputats für alternativlos, um unsere Lehrtätigkeit auszuüben, denn Kommunikation und Feedback mittels digitaler Medien erfordern einen erheblichen zusätzlichen Zeitaufwand. Die Berechnung der Lehrkräftearbeitszeit bedarf deshalb dringend einer Reform.

Als Anerkennung der erbrachten Leistungen im auslaufenden Schuljahr schlägt der VLW ein Stundenguthaben vor, über das jede Kollegin, jeder Kollege frei verfügen kann. Ähnlich der Rückgabe der im Jahr 2010 eingeführten Zwangssparstunde, könnten diese Stunden für eine unmittelbare Entlastung genutzt werden oder aber angespart werden, um in späteren Berufs Jahren eine Erleichterung zu erfahren. Gleichzeitig könnten durch eine solche Maßnahme mehr junge Lehrkräfte, die ja bekanntlich bereits der Generation der *digital natives* angehören, eingestellt werden, was zu einer gesunden Durchmischung der Lehrerkollegien führen würde. Am Ende stünde eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten, die nur ein wenig Weitsicht, Mut und Entschlossenheit durch die Landesregierung erfordert.

Enquete-Kommission zur „Zukunft der beruflichen Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ legt Abschlussbericht vor - Bundeskompetenz muss von Ländern umgesetzt werden

Auf 543 Seiten hat die 2018 beauftragte Enquete-Kommission ihren Abschlussbericht vorgelegt. Den Auftrag der Kommission benannte der damalige Vorsitzende, Dr. Stefan Kaufmann MDB (CDU), folgendermaßen: „Die Enquete-Kommission ‚Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt‘ untersucht, wie die berufliche Aus- und Weiterbildung in Deutschland so modernisiert werden kann, dass sie den Anforderungen einer digitalisierten Arbeitswelt entspricht und für junge Menschen wieder attraktiver wird. Gemeinsam wollen wir mit Handlungsempfehlungen an die Politik Wege aufzeigen, wie kontinuierliches und zeitgemäßes lebensbegleitendes Lernen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung so gestaltet werden kann, dass der Fachkräftebedarf auch in Zukunft gesichert ist und ein humanes Arbeiten im ständigen Wandel der Berufsfelder ermöglicht wird.“.

Weitere Untersuchungsaufträge lauten u.a.:

- Wie können Berufsschulen und überbetriebliche Bildungsstätten

für die Anforderungen der Digitalisierung fachlich gut und zeitgemäß ausgestattet und ausreichend gefördert werden?

- Wie muss die Aus- und Weiterbildung von Berufsschullehrern, Ausbildern und Prüfern modernisiert werden, um den veränderten Anforderungen gerecht zu werden?
- Welche Maßnahmen und innovativen Ansätze zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung können ergriffen werden, um die sich verändernden Berufsbilder zu berücksichtigen und mehr junge Menschen für berufliche Bildung zu begeistern?
- Wie verändert sich das Verhältnis von Erstausbildung und beruflicher Weiterbildung und wie müssen die Gestaltung und Förderung von beruflicher Weiterbildung daran angepasst werden?

Detaillierte Handlungsempfehlungen zur Attraktivität der beruflichen Bildung, zur Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung, zur Verbindung von beruflicher und akademischer Ausbildung

(Doppelqualifikationen), zur Durchlässigkeit beruflicher und akademischer Bildung, zum DQR, zur Anschlussfähigkeit (Anerkennung erworbener Qualifikationen) und zur wissenschaftlichen Weiterbildung eröffnen die politische Diskussion um die Konsequenzen aus der Arbeit der Enquete-Kommission.

Spätestens hier sind nicht mehr nur der Bundesgesetzgeber als Zuständiger für die Berufliche Bildung gefragt, sondern auch die Bildungsministerien der Länder. Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung heißt nicht zuletzt auch, die oft stiefmütterlich behandelten Beruflichen Schulen (Ausstattung, Lehrkräfteversorgung, Anerkennung als Ganztagschulen) endlich auch gleichwertig zu behandeln. Die ersten Schritte zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sind getan, weitere müssen folgen.

Der Abschlussbericht kann unter folgendem Link abgerufen werden:

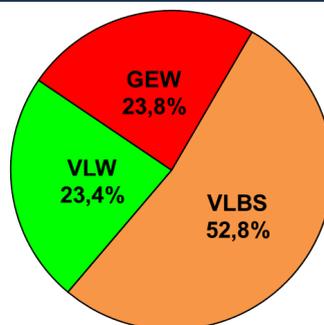
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/309/1930950.pdf>

Personalratswahlen 2021

Unter noch unglücklicheren Rahmenbedingungen hätten die diesjährigen Personalratswahlen wohl kaum stattfinden können. Die „dritte Welle“ der Sars-CoV-2-Pandemie sorgte gerade rechtzeitig zu den Wahlen dafür, dass in einigen Regionen unseres Bundeslandes die Schulen abermals für den Regelbetrieb geschlossen werden mussten. Da nicht an allen Schulen die generelle Briefwahl beschlossen worden war, gab es gravierende Unterschiede bei der Wahlbeteiligung an den Schulen.

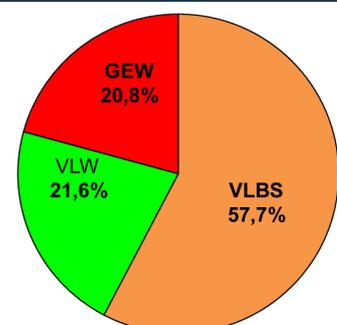
Im Ergebnis kam es zu leichten Verschiebungen der Stimmanteile - in der Regel zu Gunsten des vlbs - die aber nicht zu

Landesergebnis BPR



Verschiebungen in den Gremien geführt haben. Nach wie vor ist der vlbs die stärkste Gruppierung sowohl im BPR als auch im HPR mit jeweils fünf Sitzen. Auf VLW und GEW entfallen in beiden

Landesergebnis HPR



Gremien jeweils zwei Sitze. Aufgrund der Kooperation mit dem vlbs stellt der VLW mit Kurt Flöck (BPR) und Dirk Mettler (HPR) jeweils den ersten Stellvertreter.

Landesdelegiertenversammlung

**Verband der Lehrerinnen und
Lehrer an Wirtschaftsschulen**
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



An alle VLW-Ortsverbände in Rheinland-Pfalz

Kirchheimbolanden, 16. Juli 2021

Einladung zur ordentlichen

VLW-Landesdelegiertenversammlung

4. Oktober 2021, 9:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Rheintal-Kongress-Zentrum, Rheinkai 21, 55411 Bingen am Rhein

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Grußwort von Ministerin Dr. Hubig (angefragt)
3. Wahl eines Versammlungsleiters/einer Versammlungsleiterin, der Mandatsprüfungskommission und zweier Zählkommissionen
4. Berichte Landesvorsitzender, Landesschatzmeister und Kassenprüfer
5. Aussprache und Entlastung des Vorstands
6. Verabschiedung und Ehrung von Mitgliedern des Landesvorstands
7. Beschlussfassung zu Satzungsänderungen
8. Neuwahl des Landesvorstands und von zwei Kassenprüfern
9. Beschlussfassung zur Resolution und zu den Anträgen
10. Verschiedenes
11. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Die endgültige Tagesordnung geht den Delegierten spätestens zwei Wochen vor der Versammlung zu. Delegierte erhalten nach § 25 UrI VO Dienstbefreiung, sofern dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen. Selbstverständlich sind auch alle anderen VLW-Mitglieder als Gäste freundlich eingeladen. Bitte schicken Sie Ihre Anträge (auch Satzungsänderungsanträge) bis spätestens 30. August 2021 an die Landesgeschäftsstelle. Später eingehende Anträge werden nur dann behandelt, wenn die Landesdelegiertenversammlung sie als dringlich anerkennt.